

Abgeordnete/r zum Nationalrat

An Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien, Österreich

Wien, am 02.03.2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

In der Anlage überreiche ich/ überreichen wir Ihnen gem. §100 (1) GOG-NR die Petition betreffend

Gegen den Fortbestand des AKW Krško

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht
angenommen:

Die Zuständigkeit für Atomkraft liegt beim Bundesministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und
Forschung.

Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von _____ BürgerInnen unterstützt.

Mit der Bitte um geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Petition verbleibe ich/verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen



Anlage

Hinweis: Ggf. vorgelegte Unterschriftenlisten werden nach dem Ende der parlamentarischen Behandlung
datenschutzkonform vernichtet bzw. gelöscht, soweit diese nicht nach den Bestimmungen des
Bundesarchivgesetzes zu archivieren sind.

Parlamentarische Petition **„Gegen den Fortbestand des AKW Krsko“**

Am 09. April 2016 berichtete die „Kleine Zeitung“ unter dem Titel „NAHE AKW KRSKO - Leichtes Erdbeben in Slowenien war auch bei uns zu spüren“ wie folgt: *„Erdstöße wurden Samstagnachmittag auch in der Steiermark bemerkt. Laut Zentralanstalt für Meteorologie hatte das Beben eine Stärke von 4,1. Schäden sind eher nicht zu erwarten. [...] Die Erdstöße der Stärke 4,1 wurden vereinzelt auch in der Steiermark verspürt, wie der Österreichische Erdbebendienst der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) mitteilte. Das Epizentrum befand sich demnach nahe der Stadt Krsko, die etwa 120 Kilometer von der slowenisch-österreichischen Grenze entfernt liegt.“*

Wie man aus dem Onlineportal von „kaernten.orf.at“ am 16.02.2017 erfahren konnte, wurde mittlerweile auch ein Störfall verzeichnet. So berichtete der „ORF“ unter dem Titel „AKW Krsko automatisch abgeschaltet“ darüber, dass sich das Atomkraftwerk Krško wegen eines Problems bei der Wasserversorgung automatisch selbst abgeschaltet habe. Laut einem Vorstandsmitglied der Kraftwerksgesellschaft habe es Unregelmäßigkeiten bei einem Ventil gegeben, welches die Wasserversorgung reguliert. Dies hat in weiterer Folge den automatischen Abschaltmechanismus in Gang gesetzt.

Krško (deutsch Gurkfeld) beheimatet zirka 27.500 Menschen, liegt an der Save und gehörte bis zum Jahr 1918 der historischen Region Untersteiermark an. Weit über die Grenzen Sloweniens hinaus erlangte der Ort mit dem Bau eines Atomkraftwerks Bekanntheit, welches im Jahr 1981 in Betrieb genommen wurde. Zwischen 1981 und 1989 wurde der Reaktorbetrieb mehr als 70 Mal unterbrochen. Selbst im Jahr 1989 berichtete das Magazin „Der Spiegel“, dass 27 Auflagen noch nicht erfüllt seien (Quelle: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13496494.html>). Ursprünglich wurde der Kernreaktor für eine 40-jährige Betriebsdauer ausgelegt. Inzwischen besteht eine Betriebserlaubnis seitens der slowenischen Behörden bis zum Jahr 2043, dies würde einem durchgehenden Betrieb von 62 Jahren entsprechen.

Bereits durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und spätestens seit den Vorfällen in Fukushima wird in vielen Teilen der Welt die Energiegewinnung aus Atomkraft mit großer Skepsis gesehen. Daher stimmt es sehr bedenklich, dass die Republik Slowenien weiterhin am bestehenden Kraftwerk Krško festhält und sogar den Ausbau der Nuklearenergie südlich der steirischen Landesgrenzen forciert. Zudem wird auch noch der Bau eines Atommülllagers in Erwägung gezogen. So hat der Eigentümer des Kernkraftwerks im Jahr 2009 den Bau eines zweiten Reaktors am Standort Krško angekündigt. Krško liegt weniger als 70 Kilometer von der steirischen Grenze entfernt und befindet sich unmittelbar auf einer Erdbebenlinie. Wie es um die Sicherheitsvorkehrungen und Auswirkungen auf Österreich bei einem

MW

eintretenden Erdbeben bestellt ist, ist völlig unklar. Dass mittlerweile auch ein Störfall verzeichnet wurde, heizt die Debatte um den weiteren Fortbestand in Österreich zusätzlich an.

Vom Standpunkt einer verantwortungsvollen und zukunftsorientierten Umwelt- und Energiepolitik aus betrachtet, ist es notwendig, mit allen zur Verfügung stehenden politischen Mitteln gegen die Fortführung des AKW Krško aufzutreten. Darüber hinaus gilt es in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung wichtiger sein muss, als die Gewinnung von Billigstrom aus einem veralteten Meiler, der sich zudem auf einer Erdbebenlinie befindet.

Die Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, werden aufgefordert, sich zum Wohle der österreichischen Bevölkerung auf allen Ebenen entschieden gegen den Fortbestand des Atomkraftwerkes Krško einzusetzen.

